

Wirtschaftliche Ungleichheit verschärft Krise der Demokratie

AK-BESCHÄFTIGTENBEFRAGUNG Soziale Ungleichheit muss bekämpft werden

Es gibt einen alarmierenden Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Ungleichheit und Unzufriedenheit mit der Demokratie. Das geht aus der AK-Beschäftigtenbefragung hervor. Einen wichtigen Hebel zur Stabilisierung der Demokratie bietet die Arbeitswelt.

Von Carina Webel

Dass alle aufgrund gleicher Rechte auch in gleichem Maße die Gesellschaft mitgestalten können, ist ein zentrales Versprechen der Demokratie. Unabhängig vom wirtschaftlichen oder sozialen Hintergrund sollen gleiche Möglichkeiten bestehen, Lebensumstände mitzugestalten und Interessen in den politischen Prozess einbringen zu können.

In der Realität ist dieses Versprechen aber oft nicht eingelöst. Die Interessen sozial schlechter Gestellter werden deutlich weniger bei politischen Entscheidungen berücksichtigt. Das zeigt Lea Elsässer klar in einer Untersuchung der Bundestagsentscheidungen über einen Zeitraum von 30 Jahren: Es gab keine einzige größere Reform, die nur von den unteren, aber nicht von den oberen sozialen Klassen gewollt war. Entscheidender Faktor für die Zugehörigkeit zu unteren oder oberen sozialen Klassen ist die Verfügung über finanzielle Ressourcen.

Dieses uneingelöste Versprechen macht sich zunehmend in sinkendem Vertrauen gegenüber öffentlichen Institutionen bei den ärmeren Bevölkerungsgruppen und in einer wachsenden Unzufriedenheit mit der Demokratie bemerkbar. Der alarmierende Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Ungleichheit und Unzufriedenheit mit der Demokratie zeigt sich auch in den Ergebnissen der AK-Beschäftigtenbefragung. 80 Prozent der Beschäftigten sorgen sich um den zunehmenden Unterschied zwischen arm und reich. Und wer sich Sorgen um die wachsende Kluft zwi-

schen arm und reich macht, sieht offenbar auch Grund zur Unzufriedenheit mit der Demokratie. Wobei diejenigen, die wirtschaftlich schlechter dastehen, sich deutlich häufiger unzufrieden mit der Demokratie in Deutschland äußern als wirtschaftlich besser Dastehende. Während die Menschen in Haushalten der drei höchsten Einkommensgruppen (ab 3.800 Euro Haushaltsnettoeinkommen) zu 30 bis 40 Prozent angeben, (eher) unzufrieden mit der Demokratie zu sein, sagen dies in den unteren drei Einkommensgruppen (521 bis 1.500 Euro) 60 bis 70 Prozent.

Eine mitbestimmte Arbeitswelt fördert die Demokratie

Einen wichtigen Hebel zur Stabilisierung der Demokratie bietet die Arbeitswelt. Die Beschäftigten, die bei ihrer Arbeit mitgestalten können, deren Beschwerden und Vorschläge beachtet werden, die ihre Arbeit selbst planen oder bei der Einführung digitaler Technologien mitreden können, sind deutlich häufiger zufrieden mit der Demokratie und den politischen Einflussmöglichkeiten. Internationale Untersuchungen bestätigen unsere Ergebnisse im Saarland: Wer bei seiner Arbeit Selbstwirksamkeit und demokra-

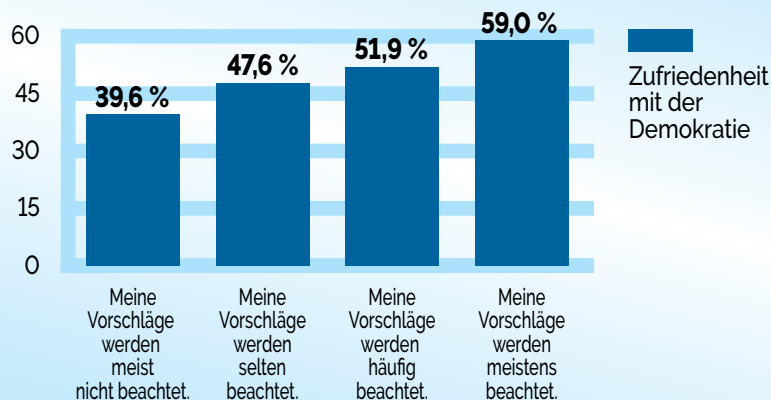
tische Einflussmöglichkeiten erfährt, erkennt diese Möglichkeiten auch eher im politischen System. Allerdings sind auch die betrieblichen Einflussmöglichkeiten nicht gleich verteilt, sondern mit Anforderungsniveau und Gehalt verknüpft. Eine funktionierende Mitbestimmung mit aktiven Betriebsräten kann dazu beitragen, diese Ungleichheiten abzumildern.

Mit der digitalen und ökologischen Transformation besteht das Risiko, dass viele Fragen sozialer Gerechtigkeit weiter verschärft werden. Der Zulauf zu rechtsextremen Gruppierungen wächst auch aufgrund von Abstiegsängsten und dem Gefühl, die Veränderungen nicht bewältigen zu können. Um sich autoritären Kräften wirksam, die versuchen von der Unsicherheit zu profitieren, entgegenzustellen, ist es entscheidend, dass die demokratischen Parteien ihre Politik viel stärker auf soziale Gerechtigkeit ausrichten. Nur durch die Bekämpfung sozialer Ungleichheit und durch die Förderung einer mitbestimmten Arbeitswelt mit guten Arbeitsbedingungen und armutsfesten Löhnen für alle können wir eine lebendige und funktionierende Demokratie aufrechterhalten.

Carina Webel leitet die Abteilung Wirtschafts- und Umweltpolitik.

Weitere Infos zur AK-Beschäftigtenbefragung gibt es im Internet unter: www.arbeitskammer.de/ak-beschaeftigtenbefragung

Je weniger Vorschläge bei der Arbeit beachtet werden, desto unzufriedener sind die Beschäftigten mit der Demokratie.



Quelle: Arbeitskammer-Beschäftigtenbefragung 2023

Grafik: Arbeitskammer